

Frauenstimmrecht

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfiicht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **12 (1917)**

Heft 8

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351360>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nutzenwendung zieht, daß all diesen Auswüchsen der Geld- u. Profitinteressenolidarität gegenüber, die immer wieder die nötige Plattform findet, um das Volk auszuzufaugen, es drunten in der Tiefe zu halten, nichts anderes gibt, als die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft über die Landesgrenzen hinaus, denen ist tatsächlich nicht zu helfen. Aber nicht nur die Arbeiter haben das zu lernen, sondern die Vertreter derselben in den Behörden, in den Kommissionen, in den Genossenschaften; sie bemühen sich stets neutral zu sein, glauben in ihrer Ehrlichkeit dem Volksganzen gegenüber handeln zu müssen und vergessen sehr oft, daß die Interessen der andern schon mehr wie genug vertreten werden, daß all die Vertreter der bestehenden Klasse wirkliche Klassensolidarität kennen und ausüben, sie haben schon längst ihre unfreiwilligen Lehrmeister überflügelt.

Darum soll es endlich genug sein mit der gutmütigen Ehrlichkeit. Es gibt keine Volkssolidarität, es gibt nur eine Klassensolidarität, und diese hat die Arbeiterchaft reflos auszuüben, will sie die kommenden Zeiten überstehen und von der Anarchie der heutigen Profitwirtschaft zur Sozialisierung der Gesellschaft kommen, in einer Gesellschaft, in der das Wort: „Einer für alle, alle für einen,“ keine hohle Phrase mehr ist. R. B.

Vom außerordentlichen Parteitag in Bern.

Nicht nur in unsern eigenen Parteikreisen sah man mit Spannung dem Entscheid entgegen; auch im Bürgertum wurde das Resultat — natürlich nicht mit Sehnsucht — aber mit Wutschnauben und Zähneknirschen erwartet. Aus der Duvertüre hatten sowohl die einen, wie die andern eher auf einen tragischen Ausgang — die Parteispaltung — geschlossen oder gehofft; alle unterschätzten aber die echten guten Grundlinien: Die Kriegsereignisse, die antimilitaristische Propaganda der Militaristen und nicht zuletzt die grundsätzliche Auffklärung, die möglich war, weil man nicht durch einen unvorbereiteten Schachzug einfach die Leute vor einen urplötzlichen Entscheid gestellt hatte, wie von der äußersten Linken sowohl als von der Rechten ursprünglich beabsichtigt war.

Die Leserinnen der „Vorkämpferin“ wissen ja schon aus der Parteipresse — vielleicht auch aus bürgerlichen Blättern —, daß die übergroße Mehrheit, das heißt drei Viertel der Delegierten, sowohl den Rientaler Beschlüssen als den grundsätzlich begründeten Anträgen auf Ablehnung der Vaterlandsverteidigung zustimmten. Aber nicht alle Leserinnen haben Zeit, noch Lust, die ausführlichen Berichterstattungen zu verfolgen. Diesen wollen wir hier nur in aller Kürze mitteilen, daß die Genossinnen an diesem Parteitag keine geringe Rolle spielten, zum großen Mergel aller Spießer, Kleinbürger und gegangenen einstigen Much-Sozialdemokraten, die nicht nur mit beiden Beinen auf nationalem Boden stehen, sondern dem Vaterland mit Herz und Hand — und mit dem bischen Verstand — ewige Treue geschworen haben. Es darf hier daran erinnert werden, daß schon 1915, als die klare Scheidung begann, die Genossinnen vor und am Parteitag mitwirkten, daß die Partei eine klare internationale Haltung einnehme. Es waren Genossinnen, die der damaligen Vertreterin in der Geschäftsleitung Vorhalte machten, daß sie nicht Zimmerwald zugestimmt hatte; die weiblichen Delegierten nahmen in der Einheitsfrage eine durchaus geschlossene Stellung ein, zum Mergel der verbliebenen Grüttler. Es war also durchaus gegeben, daß nun in der Folge auch die weitem Konsequenzen gezogen wurden.

Aber als ein wirklich gutes Zeichen für die Partei und unsere Klassenbewußt fortschreitende Arbeiterinnenbewegung darf es bezeichnet werden, daß sowohl von den Generalrednern zu den Beschlüssen Riental und Bescheidung der Stockholmer Konferenzen, als auch Militärfrage je eine

Genossin (Rosa Bloch und Rosa Grimm) bezeichnet wurden, deren Voten sich zum mindesten auf einem ebenso hohen Niveau bewegten, wie die der männlichen Redner. Wenn je wieder gegen uns der Vorwurf erhoben wird, wir Frauen, wir könnten nicht sachlich diskutieren, wir würden zu leicht persönlich, dann können wir auf das Vorspiel und einen Zwischenakt dieses Parteitages verweisen, wo der Ideenkampf zu einem persönlichen Streit ausartete, und wo am Parteitag selbst ein Genosse (Sekretär Fg, Bern) diese häßlichste Form der Erörterung sachlicher Meinungsdivergenzen (gegen Genossin Grimm) gebrauchte. Als wirklich abschreckendes Beispiel wollen wir dies hier festnageln. Dem Berichterstatte der bürgerlichen „Züricher Post“, der endlich seinen Abschied von uns genommen, scheinen Frauen und Jugendliche mit Grundfäken auf die Nerven zu geben. Daß sein ausgeprägtes Nationalempfinden nur harte Reklulte verträgt, ist verständlich, ebenso leicht erklärlich, daß jedes fremdländische Idiom, auch wenn es von Schweizerbürgerinnen gesprochen wird, sein nur für Schweizerdeutsch geeichtes Ohr, verlegt. Bei den Mitpatrioten findet er selbstverständlich verständnisinnige Zustimmung; wir weinen ihm keine Träne nach, freuen uns im Gegenteil, daß der bürgerliche Blätterwald die Meldungen des Preßbureaus Enderli nicht mehr als die Stimme eines Much-Sozialdemokraten deklarieren kann.

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich deutlich, wie wichtig nicht nur für uns, sondern auch für unsere Bruderparteien die klare Stellungnahme ist. Könnten auch in den kriegführenden Ländern die Parteien selbst entscheiden, dann würde sich bald zeigen, daß die sogenannten Mehrheitsler nicht die wirklich große Masse der Arbeiter hinter sich haben. Deshalb ist es wichtig — und das wurde vielleicht zu wenig betont —, daß die Regierungsozialpatrioten, so wenig wie die Regierungen selbst dem Krieg Einhalt gebieten können, nachdem sie fortwährend zum Durchhalten, zum Aufgeben des Klassenkampfes gepredigt, daß sie aber gerne die Oppositionellen als Brücke benutzen möchten, um sich den Schein zu geben, als wirkten sie für den Frieden. Werden sie aber entlarvt, d. h. gelingt es ihnen nicht, zusammen mit denen, die sie bis jetzt verraten und bekämpft, Friedenskonferenzen abzuhalten, dann werden endlich auch jene Arbeitermassen, die ihnen im guten Glauben, bisher treue blinde Gefolgschaft leisteten, sehend. Nur so ist der wirklich revolutionäre Kampf für den Frieden möglich.

Und deshalb konnte der Vermittlungsantrag der Genossin Hüni nicht angenommen werden. Sie möchte — wie einst der gute Niklaus von der Flühe — der Meinung sein, den vorhergegangenen heftigen Kampf zwischen den Richtungen zu schlichten. Aber hier galt es nicht zu verfühnen, sondern zu entscheiden und zwar, einmal Zimmerwald und Riental zugestimmt, in dieser Richtung aufwärts und vorwärts schreitend.

Freilich wäre es durchaus verkehrt, wenn man nun die getroffenen Beschlüsse als einen „Sieg“ bezeichnen wollte. Nein, sie sind erst Anfangs- und nicht Schlüsselpunkte. Zur Durchführung bedarf es vor allem nun der „planmäßigen Aufklärung“. Diejenigen, die da meinen nun sei ja Beschlus gefaßt über die Militärfrage, nun müsse wieder etwas „Neues“ erfunden werden, betrachten unsere Bewegung als Sensation und nicht als ernstesten Kampf um eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. —ob—

Frauenstimmrecht.

Zahlreich, wie der Sand am Meere, sind noch heute die Gegner des Frauenstimmrechts. Nicht nur in bürgerlichen Kreisen, nein, auch in der eigenen Partei stoßen wir immer wieder auf hartnäckigen Widerstand. Es dürfte nun doch von einigem Interesse sein, die Gründe, welche die Gegner des Stimm- und Wahlrechts der Frauen ins Feld führen, etwas unter die Lupe zu nehmen und auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.

Einer der Haupteinwände, den Frauen das Stimmrecht nicht zu gewähren, gipfelt in der Redensart: Die Frauen leisten keinen Militärdienst, deshalb brauchen sie auch kein Stimmrecht. Der Militärdienst wird demnach als ein Opfer für das Vaterland betrachtet, welches mit dem Stimmrecht belohnt wird. Nun fragen wir uns aber mit gutem Recht: Bringt die Frau und Mutter dem Vaterland nicht ebenso große Opfer? Sie erzieht mit Mühe und tausend Sorgen die Kinder für den Staat, der sie in einem gewissen Alter einfach für sich beansprucht, um sie als Kanonensfutter zu verwenden. Und während die Männer und Söhne an der Grenze stehen, nehmen die Frauen ihre Stelle im Privatleben ein, damit der wirtschaftliche Verkehr keinen Unterbruch erleidet und die Herren Kapitalisten auch in Kriegszeiten ihre Profite ungeschmälert einstecken können. Während dieser Zeit nehmen die Frauen doppelte und dreifache Arbeit auf sich, der sie oft beinahe erliegen. Gebühren ihnen nicht für diese Opfer allein schon politische Rechte?

Die Gegner unserer berechtigten Forderungen behaupten ferner: Die Frauen sind noch nicht reif für das Stimmrecht. Wir wollen ohne weiteres zugeben, daß viele Frauen den Reifegrad für das Stimmrecht noch nicht besitzen. Aber hier sei die Frage gestattet: Sind denn alle Männer reif für das Stimmrecht? Die traurigen Verhältnisse, in denen wir heute leben, geben uns die Antwort: Nein. Viele Männer wissen überhaupt nicht, was sie stimmen sollen, weil sie nicht selbständig denken können und bleiben von der Urne weg. Andere befragen ihren Leithammel, die Zeitung; was die befürwortet, ist ihnen Befehl. Einer stimmt konservativ, weil es der liebe Nachbar so macht. Jener stimmt freisinnig, weil es der Herr Prinzipal wünscht. Wieder andere befragen ihre Frau, und die sind in der Regel am besten beraten. Eine große Zahl von Männern stimmt nicht aus eigener Ueberzeugung. Gäßen wir mehr selbständig denkende Männer, so stünde es weit besser um unsere sozialistische Bewegung. Es ist wohl möglich, und daraus resultiert die Abneigung vieler Genossen gegen das Frauenstimmrecht, daß nach Einführung desselben unserer Partei einige Sitze verloren gehen dürften. Das wäre aber kein Unglück, der Verlust wäre in wenigen Jahren wieder gut gemacht. Wir sind ja nicht die Gegenwarts-, sondern die Zukunftspartei. Augenblicksverluste oder -erfolge sollen uns nicht verleiten, das Ziel aufs Ganze zu verlieren. Sie sollen uns ermuntern, auch die Frauen zu organisieren, denn die aufgeklärte Frau ist dem Fortschritt viel eher zugänglich, als der Mann. Gebt der Frau erst einmal politische Rechte und ihr werdet sehen, wie viele hervorragende Geistesgaben zutage gefördert werden.

Einen weiteren Einwand bekommt man oft und viel zu hören: Die Frauen wollen ja das Stimmrecht gar nicht. Das kann wohl bei jenen Frauen zutreffen, denen Fortuna schon an der Wiege gelächelt hat, die das Leben nur von der goldenen Seite kennen, in Wohlstand und Luxus schwelgen und somit kein Interesse haben, andere Zustände zu schaffen. Sie können das Stimmrecht entbehren. Aber jene Frauen, welche jahraus, jahrein in der Tretmühle des Alltags stehen, welche schwer leiden unter der Anwendung von Gesetzen, die nur Männer gemacht haben, diese sehnen sich nach einer Waffe zur Beseitigung des Sklavenjoches, unter dem sie tagtäglich seufzen. Uebrigens beweist auch die vom Bund schweizerischer Frauenvereine seinerzeit veranstaltete Enquete die Haltlosigkeit der Behauptung, daß die Frauen das Stimmrecht nicht wünschen. Die Erhebungen über die Wünschbarkeit desselben ergaben, daß 62 Prozent der Frauen Lehrer und Schulkommissionen wählen möchten, ebenfalls wünschen 62 Prozent die Wahl in die Schulkommission. Mit noch größerem Prozentsatz wird die aktive und passive Wahl in die Armenkommission verlangt. Am begehrtesten aber ist das politische Stimmrecht mit 82 Prozent. Ueberall, wo die Frauen das Stimmrecht heute besitzen, bemühen sie es mit großem Eifer.

Sehr oft hört man von Leuten, welche kein Verständnis

für die kulturelle Bedeutung der Gleichberechtigung der Frau besitzen, den Einwand erheben: Die Frau gehört ins Haus! Aber dieselben Leute reißen die Frau heraus aus ihrer Häuslichkeit, um sie als willige Sklavin der Arbeit auszubeuten. Schon vor Kriegsausbruch, und seitdem in erhöhtem Maße ist die Frau im öffentlichen Erwerbsleben tätig und zwar mit sehr gutem Erfolg. Das heißt, vielmehr mit gutem Erfolg für den Arbeitgeber, weil sie eben so leistungsfähig ist wie der Mann, dabei aber um den halben Lohn arbeitet. In ihrer Stellung als Berufsarbeiterin bedarf sie des Stimmrechts als eines Schutzes gegen allzu maßlose Ausbeutung ihres Geschlechts. Denn wir fordern das Stimmrecht in erster Linie nicht als Geburtsrecht, wie das die bürgerlichen Frauen tun, sondern als soziales Recht, gemäß unserer Stellung im sozialen Leben, die sich in den letzten Jahrzehnten ungeheuer verändert hat. Der Kapitalismus macht nicht Halt vor der Heiligkeit der Familie und des häuslichen Herdes, nein, die wirtschaftlichen Sorgen zwingen die Mutter dem Erwerb nachzugehen. Wenn sie aber fähig ist, schwere körperliche Arbeit zu verrichten, so ist sie auch befähigt, an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen. Denn die Frau ist zu jeder Arbeit berechtigt, zu welcher sie fähig ist.

Von dem Ertragnis ihrer Arbeit muß sie auch Steuern entrichten wie der Mann, dann soll sie auch etwas zu sagen haben im öffentlichen Leben. Wir fordern nicht nur das Wahlrecht, sondern auch das Wahllrecht! In unserer vielgerühmten Demokratie mit dem — „lebendigen Inhalt“ — wird der größere Teil der Bürger von dem Wahlrecht ausgeschlossen, während monarchische Staaten das Frauenstimm- und Wahlrecht längst eingeführt haben. In der gegenwärtigen Zeit ist es höchst notwendig, daß auch die Frauen der Schweiz politische Rechte erlangen.

Sie sind für uns geradezu eine Notwendigkeit, um unsere persönlichen Interessen zu wahren, darum:

Frauenstimm- und Wahlrecht vor!

P. R.-R., Biel.

Zur Frage des Frauenstimmrechtes im Kanton Zürich.

Jährlich im Sturmmonat des März erheben die sozialdemokratischen Frauen aller Länder am sogenannten Frauentag ihre Stimmen, um die politische Gleichberechtigung mit dem Manne zu fordern.

Referentinnen sowie auch die sozialdemokratische Presse suchen in der Agitation für diese Idee die Forderung vom wirtschaftlichen und psychologischen Standpunkt aus zu begründen. Es kann sich hier deshalb nur um eine kurze Orientierung über den Stand der Frage im Kanton Zürich handeln.

Nachdem im Jahre 1914 am kantonalen Parteitag in Winterthur eine Genossin namens der Zürcher Genossinnen einen Antrag auf Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes im Kanton Zürich eingebracht und begründet hatte, beantragte im Februar 1915 die Genossin Robmann im Auftrag der sozialdemokratischen Frauen Zürichs am kantonalen Parteitag in Zürich, es sei eine Initiative zur Einführung des Frauenstimmrechtes einzuleiten. Der Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Die derzeitige Geschäftsleitung hat nun im Einverständnis mit den Arbeiterinnen sich dahin geeinigt, die neue zurzeit 82 Mitglieder zählende Kantonsratsfraktion möge ihre Parlaments-tätigkeit mit einer Frauendebatte großen Stils eröffnen, und damit eine Motion auf Einführung des Frauenstimmrechtes begründen. Trotzdem unsere Fraktion geschlossen für diese Forderung eintreten wird, ist doch wenig Hoffnung vorhanden, daß die Motion erheblich erklärt wird. Nach den Erfahrungen bei den Stimmrechtsdebatten in Bern und Basel sind jemeilen nur vereinzelt bürgerliche unfern Fraktionsgenossen zu Hilfe gekommen. Das ist schließlich